

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,20 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 30.

Berlin, den 28. Juli 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, bezahlt pünktlich die Extrabeiträge!

Inhaltsverzeichnis.

**Gewerkschaften, Konsumvereine und sozialdemokratisches
Zukunftssystem.** — Wird in der sozialpolitischen Gesetzgebung
Stillstand eintreten? — Rundschau: Arbeitskammergesetz.
Girsch-Dunderscher Gewerkschaften im Jahre 1905. Die Ge-
meinschaften. Kampf zwischen Zentralisten und Sozialisten.
„Terrorismus“. — Wirtschaftliche Bewegung. — Ver-
bandsnachrichten: Friedrichshafen. Hohenleben. Sendenhorst.
Lohn. — Aus anderen christlichen Verbänden. — Ge-
richtliches. — Unfälle. — Berichtigung. — Bekannt-
machungen. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. —
Nachrichten.

Gewerkschaften, Konsumvereine und sozialdemokratisches Zukunftssystem.

In den sogenannten revisionistischen Kreisen der deut-
schen Sozialdemokratie, zu denen namentlich auch her-
vorragende Gewerkschaftsführer wie Legien und von Elm-
hagen, denkt man die Überleitung des kapitalistischen
Zukunftsystems in den sozialistischen Zukunftsstaat
auf drei Wegen sich vollziehend: dem des Gewerkschafts-
wesens, des Konsumgenossenschaftswesens und dem der
Sozialdemokratisierung des Staats- und Gemeinbewesens. Die
Gewerkschaften sollen das Mittel abgeben, durch welches
allmählich aber sicher die Produktion aus ihrem heutigen
kapitalistischen Rahmen heraus sozialisiert wird. Umge-
kehrt sollen für eine beratende Sozialisierung des Kon-
sums die Konsumgenossenschaften sorgen, und endlich
die Arbeiter durch die Partei in Staat und Ge-
sellschaft so weit sich vorwärts arbeiten, sich politisch und
ökonomisch so weit zu schulen suchen, daß sie hier endlich für die
Übernahme der Leitung im demokratischen Sinne be-
reitet und bereit sind.

So weit ist das sozialistische System ganz schön aus-
gearbeitet. Nur bekommt es ein Loch, wenn einmal jetzt
im Falle, daß sich die Möglichkeit eines ein-
seitigen Zusammenarbeitens zur Erreichung des sozia-
listischen Endziels bietet, die genannten Faktoren die Probe
auf Exempel machen sollen. Am bekanntesten sind nach
dieser Richtung wohl die jahrelangen Konflikte zwischen
den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozial-
demokratischen Partei. Obwohl beide dem gleichen Ziel
hinsichtlich erklären, laufen sich ihre Wege — man denke
an den Generalstreik, die verschiedenartige Auffassung
über Wesen und Bedeutung der Tarifverträge usw. —
stets doch schnurstracks entgegen. Zwar haben sie auf dem
Hannoverscher Parteitag ein offizielles Schutz- und Trutz-
abkommen geschlossen, aber gewisse Vorkommnisse zeigen
immer wieder, daß der Kitt nicht stark genug ist, um Risse
ungünstig verschwinden zu lassen.

Und der neuerdings zutage tretende Konflikt zwischen
sozialdemokratischen Gewerkschaften und sozialdemokrati-
schen Konsumgenossenschaften ist nicht mehr geeignet, die
oben skizzierten Wege als die allein richtigen zur Eta-
blierung der sozialdemokratischen Zukunftsgesellschaft er-
weisen zu lassen. Die brüste Ablehnung der gewerkschaft-
lichen Forderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen
durch den Zentralverband der Konsumvereine, denen wesent-
lich sozialdemokratische Arbeiter angehören, veranlaßt im
Namen der Gewerkschaften das „Korrespondenzblatt“
(Nr. 28) derselben zu warnenden Zurufen. In zwei langen
Artikeln (Nr. 26 und 28) verbreitet es sich über das
gegenwärtige Verhältnis zwischen sozialdemokratischen Ge-
werkschaften und sozialdemokratischen Konsumgenossen-
schaften und die beiderseitigen Aufgaben in der Arbeiter-
bewegung, von denen der erstere zu dem Satz gelangt,
daß die Auffassung der Konsumgenossenschaften über das
Arbeitsverhältnis in diesen gegenüber den Arbeits-
bedingungen konkurrierender Privatbetriebe „der Stand-
punkt des typischen Unternehmers“ ist.

In einem zweiten Artikel wird dann den sozialdemo-
kratischen „Unternehmern“ in den Konsumgenossenschaften
zurumachen versucht, daß ihr Standpunkt für die
Zukunft der Genossenschaften selbst gefährlich sei.

In ersterer Hinsicht heißt es:
„Es kann nicht zweierlei Grundzüge in der Arbeiter-
bewegung geben, die einen für kapitalistische Unternehmer,
die anderen für sich selbst. Die Arbeiterschaft muß um
die Integrität ihrer Grundzüge willen in ihren eigenen
Interessen mit der Verwirklichung vorangehen, oder sie muß
die Zukunftsprogramme in die Tasche stecken und hängen
lassen. Die Gesetzgebung das Unternehmens zum Anerkennen
des Programms zwingt. Damit wäre aber die Rolle
der Gewerkschaften — ihr Kampf um bessere Arbeits-
bedingungen — ausgespielt, und der Verzicht auf das ge-
winnbringende Wirken würde sicherer als alle Befürchtun-
gen die drohende Krämerkonkurrenz den Verfall des

modernen Genossenschaftswesens nach sich ziehen.“ Die
Konsumvereine würden Unternehmungen, aber keine Ge-
nossenschaften mit sozialen Zielen werden. Nicht um den
Nutz, sondern um den ganzen Stamm des Genossenschafts-
wesens handle es sich hier und die Säge sei in anderen
Händen als denen der Gewerkschaften, soll wohl heißen der
Genossenschaften selbst!

Diese an die Genossenschaften gerichtete Drohung mit
der Kündigung der Freundschaft seitens der Gewerkschaften
wird dann noch näher motiviert. Letztere brächten den
ersteren weitgehendes Interesse entgegen.

Sie würden daher am allerwenigsten dulden, daß diese
Entwicklung gefördert werde durch unerfüllbare Forde-
rungen und Privilegien einzelner Gewerkschaften. Aber
nicht bloß um einzelne Gewerkschaften drehe sich der Streit
um die angeblich falsch verstandene Düsseldorf Resolution.
Die Grundzüge, die diese vertreten, schlugen der ganzen Ge-
werkschaftsbewegung ins Gesicht, sie seien eben ihrer
„grundtätigen“ Natur wegen unannehmbar für alle Ge-
werkschaften. Handle es sich wirklich nur um einseitige
Forderungen einzelner Verbände, so wären die drei ersten
Absätze der Düsseldorf Resolution völlig überflüssig, und
es hätte genügt, den Standpunkt des Genossenschaftstages
bezüglich dieser konkreten Forderungen zu präzisieren, wie
es in den weiteren Abschnitten der Resolution geschehen
sei. Dann sei die Resolution eine Streitfrage der Lager-
halter und Handlungsgehilfen gewesen. Der grundsätzliche
Teil verallgemeinere und verschärfe aber die Geltung der
Resolution und bedeute eine Herausforderung der ge-
samten Genossenschaften.

Diese Feststellung ist um deswillen wichtig, weil man
von den Konsumgenossenschaften freundlich gestimmten Seiten
die Forderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen
als übertrieben, über den allgemeinen Rahmen gewerkschaftlicher
Forderungen hinausgehend hingestellt hat, um
so den ablehnenden Standpunkt der Genossenschaften zu
rechtfertigen. Das trifft also nach dem Urteile der kom-
petenten Stelle, der Generalkommission, keineswegs zu!
Nach dieser Richtung hin ist auch von bemerkenswertem
Interesse das Urteil des sozialdemokratischen Frauenorgans,
der „Gleichheit“ (Nr. 15). Das Blatt tabelt es, daß der
Düsseldorfer Genossenschaftstag sich mit seiner Resolution
gegen den ganz selbstverständlichen sozialdemokratischen
Grundsatz gleicher Entlohnung von Männer- und Frauen-
arbeit ausgesprochen habe und stellt ihm dafür die
Dauertung darüber aus, daß durch „ihm eine der schlimmsten
kapitalistischen Sünden, die Degradierung, die stärkere Aus-
beutung des Weibes, gewissermaßen als berechtigt sanktion-
iert worden“ ist.

Das parteigenössliche Zentralorgan, der „Vorwärts“
(Nr. 162), gibt sich den Anschein, als ob er dieser neuesten
Auseinandersetzung keine so große Bedeutung beilege. Er
kündigt weitere Diskussionen der Parteipresse an. Diese
wird man ruhig über sich ergehen lassen können, ohne da-
durch in der Überzeugung wankend gemacht zu werden,
daß die Sozialdemokratie, wo immer sie vor wirtschaft-
liche Probleme einmal wirklich praktisch gestellt wird, ihren
eigenen Prinzipien klärend ins Gesicht schlägt und ihr
vielerühmtes „lückenloses System“ ein Loch nach dem
anderen erhält!

Wird in der sozialpolitischen Gesetzgebung ein Stillstand eintreten?

Wohl selten hat ein Minister bei seinem Abgange so viel
Anerkennung gefunden, als der Staatssekretär Graf Posadowsky.
Ob in der Zukunft einem Minister von den verschiedenen Ständen
so viel Vertrauen entgegengebracht werden wird, als das bei
Posadowsky der Fall war, erscheint unter den obwaltenden Ver-
hältnissen fraglich. Von denen, die das Steuer der Regierungsmaschine
führen, gibt es nur wenige, die sich zu einem solchen
gesunden Urteil durchgerungen haben. Posadowsky sah in der
Arbeiterbewegung nicht ein notwendiges Uebel, das sich schlecht
beseitigen lasse, sondern wiederholt hat der Graf im Parte-
tag die Verächtlichung der Gewerkschaftsbewegung unumwunden an-
erkannt. Daß die Arbeiterschaft zu solchem Mangel Vertrauen
gewinnen mußte, versteht sich von selbst. Nachdem der Rück-
tritt des Grafen Posadowsky erfolgt ist, fragt alle Welt:
„Wird der neue Staatssekretär von Bethmann-Hollweg wirk-
lich positive Arbeit leisten oder nicht?“ Schon in den letzten
Jahren hat die sozialpolitische Gesetzgebung wenig geleistet. Ge-
wis, im Reichstag wurden in jedem Jahre schwingende, sozial-
politische Reden gehalten, doch dabei hatte es zu einem großen
Teil sein Bewenden. Das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der
Berufsvereine hat den Erwartungen nicht entsprochen. Daß
Posadowsky wird hier daran wohl wenig Schuld gewesen sein,
jedemfalls haben sich andere reaktionäre Einflüsse geltend ge-
macht, gegen die er sich ja oft wehren mußte. Also in den
letzten Jahren ist wenig geleistet, und da nun etwas ge-
schehen soll, wird die beste Arbeitskraft besetzt. Wir wollen
dem Staatssekretär von Bethmann-Hollweg kein Mißtrauen ent-
gegenbringen, sondern werden abwarten, ob er sozialpolitische
Reformen auch so durchführt, wie die preussische Wahlrechts-
reform, dann werden wir urteilen können, wer die Dinge

mit offenen Augen ansieht, der wird zugeben müssen, daß
nur grenzenloser Optimismus dieses erwarten kann. Der neue
Staatssekretär bedarf erst einer längeren Zeit, um sich ein-
zuarbeiten, und dann fragt es sich, ob er Willensenergie genug
besitzt, den scharfmacherischen Bestrebungen entgegenzutreten oder
ob er es vorzieht, so zu arbeiten, daß diejenigen, die immer
klagen, die Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung seien jetzt
schon zu groß, ihm nicht angreifen. Die Zukunft wird darüber
Ausschluß geben, „gilt also, abzuwarten. Allerdings dar-
über kann kein Zweifel herrschen, wenn die Regierung in der
Zukunft den Worten nicht bald Taten folgen läßt, wird das
Vertrauen zu ihr immer mehr schwinden. Unser Reichskanzler
scheint für die Arbeiterschaft nur gute Worte zu haben.
Alle Tage liest man, Fürst Bülow wollte die Sozialreform fort-
führen; wir halten ihn auch keineswegs für so töricht, daß
er sagen würde: „Die sozialpolitische Gesetzgebung solle aus-
hören.“ Der Reichskanzler ist viel zu viel Diplomat, als durch
solche Dummbreiten sich das Vertrauen weiter Kreise zu ver-
schmerzen. Er versteht es vortrefflich, die Wartenden auf die
Zukunft zu vertrösten, man erinnere sich der schönen Worte,
die Fürst Bülow für die Deputierten des christlichen Arbeiter-
kongresses übrig hatte. Nichts ist aber gesehen, das Koali-
tionsrecht noch längst nicht frei, der § 153 als Ausnahmegesetz
wird nach wie vor mit aller Schärfe gehandhabt. Auf
Worte, die von geschickten Diplomaten geredet werden, ist also
kein Verlaß.

Wer zurzeit die vielen Artikel in unserm deutschen Blätter-
walde liest, die fortwährend die Frage aufwerfen, „ob ein
Stillstand eintreten wird“, der sollte wirklich glauben, die
Regierung nur allein mache die Gesetze. Haben wir nicht auch
einen Reichstag, unsere Volksvertreter, die die Gesetze mit-
schaffen helfen? Jawohl! Fragen wir doch einmal: „Was
wird unser Reichstag tun, wenn nun der „neue Herr“ keine
sozialpolitischen Gesetzesentwürfe einbringt?“ Diese Frage wird
in der Tagespresse selten aufgeworfen; doch halt, es gibt eine
Zeit, wo auch diese Fragen diskutiert werden, und das ist
die Wahlzeit. Was wird da nicht alles versprochen; man lese
sich nur einmal solche Wahlaufrufe von den verschiedenen Par-
teien nachträglich durch. „Koalitionsfreiheit, freies Vereins-
und Versammlungsrecht, Fortführung der Sozialreform“ ist ent-
schieden mein Programm, so spricht der Reichstagskandidat.
Es muß anerkannt werden, daß sehr tüchtige Sozialpolitiker
im Reichstag vorhanden sind, die jederzeit entschlossen ihre
Pflicht getan haben. Doch für die Zukunft wird man nicht
umhin können, wenn die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine
stillsteht, hier auch die gesamten Reichstagsvertreter mitver-
antwortlich zu machen. Wenn nach der Reichstagsperiode nichts
geleistet sein wird, und dann wieder dieselben Persönlichkeiten
mit Versprechungen kommen, dann wird man sie fragen müssen,
ob sie den Zweck, für den sie gewählt worden sind, auch
erfüllt haben? Wir meinen, der Reichstag, der die Diäten-
frage durchsetzen konnte, kann auch Sozialpolitik treiben, oder
hat unser Reichstag keine Bedeutung? Heute scheint es, daß,
als ob der Reichstag bloß dazu da wäre, neue Steuern zu
bewilligen, und damit wäre seine Tätigkeit erschöpft. Wir
werden ja sehen, was die Zukunft bringt; ein neues Vereins-
und Versammlungsrecht ist angeklündigt, hoffentlich kommt etwas
dabei heraus, denn die jetzigen Zustände sind in diesem Punkte
untragbar. Allzuviel hat die Arbeiterschaft von der Gesetz-
gebung kaum zu erwarten, deshalb ist es dringender notwendig,
die Selbsthilfe anzuwenden. Verstärken wir unsere Reihen durch
eine rege Agitation, denn unter den obwaltenden Verhält-
nissen scheint uns die Organisation als das einzige Mittel,
von dem die Arbeiterschaft eine wirkliche Besserung ihrer Lage
zu erwarten hat. Wenn unsere Gewerkschaftsbewegung weiter-
hin wächst, dann wird man wohl über übel einmal die Hinder-
nisse beseitigen müssen, die heute eine gesunde Weiterentwicklung
der Arbeiterbewegung ungemein erschweren.

Rundschau.

Arbeitskammergesetz.

Bürgerliche Zeitungen teilen mit: „Nachdem der Staats-
sekretär des Innern, Dr. v. Bethmann-Hollweg über die Weiter-
führung der Vorarbeiten zu einem Arbeitskammergesetz Be-
stimmung getroffen hat, werden sich vom Reichsamte des Innern
im Verein mit den beteiligten preussischen Ministerien die ab-
schließenden Beratungen über den Entwurf gepflogen. Es han-
delt sich vor allem darum, die Einrichtung der Arbeitskammern
so zu gestalten, daß sie einen sachkundigen Beirat bilden und
einen unmittelbaren praktischen Nutzen für Gesetzgebung und
Verwaltung gewähren.“ — Hiernach könnte angenommen werden,
daß besagter Gesetzesentwurf bereits im kommenden Herbst dem
Reichstag vorgelegt werden wird.

Die Girsch-Dunderscher Gewerkschaften im Jahre 1905.

Gleichzeitig mit dem Jahresbericht der christl. Gewerkschaften
erscheint auch der der Girsch-Dunderscher Gewerkschaften. Die-
jenigen, die auf letztere ihre Hoffnung setzen, sind nicht zu
benutzen. Es wird in der Tat ein Stillstand sein, mit Hilfe
der Arbeiterschaft, die sich in den Girsch-Dunderscher Gewerkschaften
zusammengefunden, politische Parteien zu galvanisieren.
All die Eigenschaften, welche die Girsch-Dunderscher Gewerkschaften
besitzen sollen, wie liberal, demokratisch, vollständig,
freiwillig, national etc., sie alle haben es nicht vernachlässigt, im
Jahre 1906 lassen zu werden. Auch das Jahr 1906 ist für
die genannte Gewerkschaftsbewegung nicht mehr und nicht weniger
als eine Enttäuschung. Ganze 111 Männlein haben die Girsch-

ernst man aber nicht, wenn man die Baugewerkschaft nicht, sie in den Schrank legt und dann des Montags das Buch darin einwickelt, ohne sie gelesen zu haben, sonst ist sie da, um den Kollegen das nötige Wissen für Bewegung beizubringen. Denkt nicht, Kollegen, daß der Unternehmer es mit ihrer Arbeitserzeugung auch so machen, wie unserer Kollegen. In dieser Beziehung muß in Sie Wandel geschaffen werden. Dann aber müssen auch die Mitleid und Gütlichkeit vor allen Dingen gepflegt werden, muß es aufhören mit der Schlafmüdigkeit und den persönlichen Zwistigkeiten. Den Kollegen muß es doch einleuchten, wenn sie unter sich uneins sind, daß dann der Unternehmer die lachenden dritten sind. Was jetzt unmöglich erscheint: die Lohn- und Arbeitsbedingungen in zufriedenstellender Weise für die Kollegen zu schaffen, daß wird in der Zukunft ein Leichtes sein, wenn volle Gerechtigkeit unter den Kollegen herrscht.

Bezirk Hagen.

Ein Wort zur Klärung der in Hagen bestehenden Differenzen im Baugewerbe trotz Tarifvertrages.

Grund des Arbeitsvertrages, den die beteiligten Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauführer einig mit der Organisation der christlichen Bauhandwerker mit Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiete abgeschlossen haben, beträgt die Arbeit im

Baugewerbe für das Wohngebiet Hagen i. W. ab 16. März 1907; 10 Stunden.

Der größte Teil der Hagenener Bauunternehmer ist ohne wesentlichen Bestimmungen nachgekommen, und hat die gehobene Arbeitszeit

Herrn Dr. 50 Unternehmer gehören der Ortsgruppe des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an, jedoch von diesen ließen über zehn Stunden hinaus arbeiten. Nur den wenigen, die den Vertrag nicht einhalten, bedarf merkwürdigerweise der Vorsitzende der Ortsgruppe und Bundesvorsitzendmitglied des Arbeitgeberbundes, Herr Dr. 50. Man sollte doch glauben, daß der Vorsitzende einer Ortsgruppe das größte Interesse daran hätte, daß die gehobenen Bestimmungen auch strikte durchgesetzt werden, was nicht der Fall ist.

§ 10 des Arbeitsvertrages lautet:

Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, ihren Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen einzusetzen."

Im letzten der organisierten Bauarbeiterschaft ist alles in Ordnung, größere Differenzen aus diesem Anlaß zu den

am 29. April dieses Jahres beschloß das Einigungsamt, die festgesetzte zehnstündige Arbeitszeit strikte eingehalten zu werden, die Bestimmungen des Herrn ersten Bürgermeisters von Hagen bleiben ebenfalls infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer fruchtlos.

Wenn kein anderes Mittel mehr angewandt werden konnte, so beschloß das Einigungsamt, es den Organisationen freizustellen, den Arbeitgeberbunden zu sperren. Die Sperren bereits eine derartige Wirkung verursacht, daß vier von den Arbeitgebern ihre verwerfliche Handlungsweise einsehen, ummehr sich an die tariflichen Bestimmungen halten.

Die Herren Karl Post, Elise, Johann Kramer, e. v. Gebr. Schöne, Kirchner, Wih. Fischer, Reh- und Karl Voelker, Hohenlimburg, Wroßfabrik Kaiser, Del- wollen nicht einsehen, daß durch derartige Maßnahmen merkliche Frieden im Arbeitsverhältnis für das Bau-

Charakteristik der Situation führen wir einen Auszug aus dem Schreiben des Vorsitzenden des Einigungsamtes, des Herrn Dr. Wiedefeld, an den Herrn ersten Bürgermei- an. Herr Dr. Wiedefeld schreibt:

Wenn nun einzelne Unternehmer in Hagen sich diesem Einigungsamt nicht fügen wollen und sie die Aufforderung des Arbeitgeberbundes hier nicht hören, so handeln sie vertragswidrig. Es bleibt dann übrig, wie es vor Jahresfrist in Ruhrort geschehen ist, die Arbeitgeberorganisationen freizustellen, die Sperre der Geschäfte der vertragswidrig handelnden Unter- zu verhängen, ohne daß der Arbeitgeberbund seinen vertragswidrig handelnden Mitgliedern zu kommen darf.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn es dem Einfluß der Arbeitgeber gelänge, die Arbeitgeber, die sich im Unrecht befinden, zur Innehaltung der Bestimmungen zu bewegen."

den Tarifverträgen für die Zukunft große Bedeutung hat wird, halten wir uns für verpflichtet, solche trasse- achtung bestehender Verträge seitens einzelner Unter- der Öffentlichkeit zu unterbreiten, und bitten, uns in gerechten Kampfe in jeder Beziehung zu unterstützen.

Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauführer Deutschlands:

Zentralverband der Maurer Deutschlands:

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands:

Verband der baugewerblichen Bauführer Deutschlands:

Wie aus Nr. 24 der „Baugewerkschaft“ zu er- über den Unternehmer Müller die Sperre verhängt weil derselbe sich weigert, den Tarif anzuerkennen. Im Versehen der Sperre hatten sich bisher wenige Arbeits- gefunden; es waren somit gute Aussichten für die vorhanden. Im Laufe der letzten Woche hat sich ein ein Kapitalist gefunden, welcher nicht nur den willigen, sondern auch zugleich Streikbrecheragent mar- Beweis hierfür ist folgender Brief, welchen dieser Oble- Bestimmungen richtet, welche ebenfalls im Jahre die Schmutzige Rolle als Arbeitswillige gespielt haben.

Werthe Kollegen!

Wir rechnen bestimmt darauf, daß Ihr Morgen nach kommen merdet: es liegt in eurem eigenen Interesse wird es Euch nicht gereuen; da es ganz bestimmt ist, Ihr bedeutend mehr verdienen als in Hagen, und daß zusammen verstehen denkt wohl auch ein jeder. Wenn Ihr nicht zu sein, es tut uns sehr leid, wenn auch mancher in Hagen glauben möchte, daß nicht fleißiger gehen könnte, wir haben nichts zu tun umsonst da der Meister noch eine Kolonne von beschäftigt, welche auch nicht zu fürchten

Wir waren eben bei diesen Herren auf der Baustelle sind sehr mit Ihrem Meister und der Arbeit zu- folgen werden wir es auch sein.

Wir dankbar würden wir Euch sein, wenn Ihr noch weiter welche paßend sind mitbringen könnte auch 2 folgen, habt Ihr den keine Handlanger aus Eurer Gegend wenn wir solche bekommen könnten wären höchlich dankbar, wie die Italiener den besten Handlanger (begn. volle) die wir in Hagen 55 die Stunde bezahlt, übrigens wird nach Vollendung der Arbeit geteilt.

Nach ist es uns gestattet ohne Accord zu arbeiten und täglich 10-12 Stunden zu arbeiten je nach Be- lieben.

Also befolget unsern Rat und laßt uns nicht im Stich, den wir verlassen uns auf Euch.

Schreibt uns heut Abend noch eine Karte mit welchem Zug Ihr kommt damit wir Euch abholen.

Mit den besten Grüßen

Joseph Hohmann."

In Hagen war der Unterzeichner zuletzt am Postneubau beschäftigt, wo er jedenfalls auch einer von denen gewesen ist, welche ständig gegen den zehnstündigen Tag protestierten, konnte aber, da die überwiegende Mehrzahl der dort beschäftigten Maurer die Vorteile des Tarifs kennen, nichts anfangen. Dieser Hohmann, gebürtig von Kleinüber im Kreise Jüdis, hat seit dem letzten Jahrzehnt nicht mehr am Maurergewerbe gearbeitet. Um vom Arbeiten abzukommen, griff er zu verschiedenen Be- rufen, mit dem bekannten Motive: „Dem Arbeiter wird man doch nicht reich.“ Aber sämtliche Geschäfte, welche er bisher gründete, waren halbtot und verdrachten. Infolgedessen ist auch leicht erklärlich, daß diesem auch anständige Mittel gut genug sind, materielle Vorteile für sich herauszuschlagen. Mit den acht Maurern, die dort beschäftigt sein sollen, stimmt es nicht recht, denn dieses waren Arbeiterpöbel. (Siehe Bericht in Nr. 25 der „Baugewerkschaft“.) Von Maurern war nur der Polier Siebert und ein Lehrling beschäftigt.

Es ist durch diesen Streich gelungen, fobiel Arbeitswillige hinzuzuziehen, daß der betreffende Bau fertiggestellt werden kann. Es sind acht arbeitswillige Maurer vorhanden, wovon fünf den freien Gewerkschaften angehören. Aus diesem Grunde sind die Kosten eingezogen, jedoch bleibt die Sperre über die Firma Müller bestehen. Galtet also den Bezug nach dieser Firma streng fern.

Bezirk Karlsruhe.

Weißenburg. Schon 14 Wochen stehen wir hier in der Ausperrung, ohne daß sich die Lage wesentlich geändert hat. Die Ausgesperrten sind zum größten Teil abgereist. Ein Teil arbeitet auch bereits zu den geforderten Bedingungen. Die Arbeitgeber machen nach wie vor die größten Anstrengungen, um immer neue Arbeitswillige heranzuziehen, welche aber meistens von den Ausgesperrten wieder prompt abgeschoben werden. Die ausgesperrten Maurer, Zimmerer und Bauführer haben bewiesen, daß sie sich in acht Tagen nicht aushungern lassen, auch nicht bereit sind, das ihnen durch den § 152 der Gewerbe- ordnung gewährleistete Koalitionsrecht der Willkür der Arbeitgeber preiszugeben. Durch die geringen Löhne der Weissen- burger Baugewaltigen (für Maurer 26-34 1/2 Pf. und 21 bis 24 1/2 Pf. für Bauführer pro Stunde) an Entbehrungen gewöhnt, werden sie dieselben auch noch so lange tragen, bis die Entrechtungszeit der Arbeitgeber gedauert ist. Wir kämpfen in erster Linie um die freie Ausübung unseres Koalitionsrechtes, ferner aber auch um die Erreichung unserer gestellten, gerechten Forderungen, welche hauptsächlich sind, Verkürzung der Arbeits- zeit von 11 auf 10 Stunden pro Tag, sowie ein Stundenlohn von 45 Pf. pro Stunde für Maurer und Zimmerleute, und 35 Pf. für Bauführer. Daß die Arbeitgeber diese For- derungen bewilligen können, haben sie bewiesen, indem sie arbeitswilligen Dorfmaurern 50 Pf. pro Stunde zahlten, ihnen teils sogar noch freie Station gewährten. Auch liegt uns ein Schriftstück vor, in welchem sich die Maurermeister Joseph Thomann und Georg Thomann verpflichten, für Arbeitswillige 50 Pf. pro Stunde zu zahlen. Ist diese Handlungsweise nicht eine Verhöhnung der hiesigen Bauarbeiterschaft? Der Kampf wäre übrigens lange entzündet, wenn nicht Hintersünder die Baugewaltigen stützten. — Gewerbevereine, Fabrikanten, Bürgermeister und sogar die Weinbauern bezeugen ein großes Interesse an der Erdrosselung dieses Kampfes und die Vernichtung unserer Zahlstelle in Weißenburg. Sie alle bezahlen ihren Arbeitern meist Jammerlöhne und wissen ganz genau, daß, wenn dieser Kampf von den Bauarbeitern gewonnen wird, sich ihre Arbeiter auch nicht länger mehr von der Organisation fernhalten lassen. Wie groß die Angst vor der Organisation ist, geht wohl am deut- lichsten daraus hervor, daß den Arbeitern der Maschinenfabrik bei Strafe der Entlassung verboten ist, mit den organisierten Ausgesperrten zu sprechen. Der Herr Bürgermeister, welcher nebenbei bemerkt, ein gutgehendes Speditionsgeschäft betreibt, schickte sich mehrmals bemüht, den Herrn Arbeitgeber beim Postenstehen Gesellschaft zu leisten. Die Gendarmerie wird nicht nur benötigt, Arbeitswilligen, denen niemand etwas tun will, zu beschützen, sondern ein Herr Gendarmeriechef der Gen- darmerie versuchte sich auch darin, Arbeitswillige für die be- drängten Bauunternehmer zu werben, ob auf Befehl oder aus eigenem Antrieb, entgeht sich unserer Kenntnis. Wir sind aber der Meinung, daß diese Sicherheitsorgane ihren Daseins- zweck richtiger erfüllen hätten, wenn sie die ausgesperrten Bau- arbeiter vor dem brutalen Tatendrang der Arbeitgeber ge- schützt hätten. Diese Herren begingen zum Teil Ausschrei- tungen, die den Taten vollendeter Krowdies und Strohsche verpöbelst ähnlich sahen. So wurde einer unserer Kollegen ohne jede Veranlassung von einem Meister mit dem Revolver bedroht, ein anderer Kollege von demselben Herrn fortwährend mit dem Rad angefahren. Einem dritten Kollegen schlug dieser noble Held diesen Schlag noch parieren, verlesete sich aber dabei erheblich an der Hand. Ein vierter älterer Kollege von 55 Jahren wurde von einem Steinhauermeister überfallen und so mißhandelt, daß sein Körper nach zehn Tagen noch grüne und blaue Flecke aufwies. Einem anderen Kollegen wurden von einem Maurermeister, der plötzlich aus einer Wirtschaft heraus auf ihn zukam, erhebliche Verletzungen am Kopfe mittels eines Gammers beigebracht, an deren Folgen er heute noch darniederliegt. Es ließen sich noch mehr Notizen dieser Art seitens der Arbeitgeber anführen, aber wir glauben, daß diese Mitleidlose genügt, um Anstand und Bildung dieser Herren ge- bührend einzuschätzen. Wegen sämtlicher vorbenannter Delikte ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet; aber sämtliche Angelegenheiten, ausgenommen eine, sind von derselben wegen Mangel an öffentlichem Interesse auf den Privatlageweg verwiesen worden, wogegen das kleinste Vergehen der Ausgesperrten unmaßstäblich bestraft wurde. Es ist ein derartiges Verhalten der Staatsanwaltschaft, nach unserer Meinung, sicher nicht dazu angetan, um das Vertrauen der Arbeiterschaft zu der hohen Gerichtsbarkeit zu erhöhen. Aus vorstehendem wird man be- greifen, daß sich auch der Ausgesperrten eine gewisse Ent- bitterung bemächtigt hat, und sie jetzt mehr denn je fest ent- schlossen sind, nicht eher Frieden zu machen, bis die Anerkennung der Organisation seitens der Arbeitgeber erfolgt ist, und ihnen neben Erfüllung der gestellten Forderungen, eine humane Be- handlung seitens dieser sich durch Gewalttätigkeiten auszeich- nenden Herren garantiert wird. Leider ist zu bedauern, daß sich ab und zu noch Kollegen auf den ländlichen Orten finden lassen, die bereit sind, gegen Versprechung eines augenblicklich guten Lohnes ihre eigenen Berufskollegen zu bekämpfen und zu verachten. Diesen Ausschögen macht es wenig Genut, daß diese Familien ihres eigenen Standes, durch ihr unlegales Handeln länger als wie unbedingt nötig in Sorge und Leid verharren müssen, ja, vielleicht sogar um den Erfolg ihres langen und schweren Kampfes gebracht werden können. Für schwer und unter großen Opfern haben diese Kausretter sich bis jetzt wieder abgeben. Würdet sie Euer im Leide haben, so würden sie sich von den Unternehmern nicht zur Errettung ihrer eigenen Standesgenossen verwenden lassen, sondern müßten mit Entrüstung die schänden Angebote dieser Verrennenen ablehnen. Hoffentlich sind aber nun alle über verhofft.

aus welchen die Weissenburger Baugewaltigen noch Streik- brecher beziehen konnten, und dürfte bei treuem Zusammenhalten der ausgesperrten Kollegen auch dieser Kampf sich bald seinem Ende nähern. Die Arbeitgeber werden auch bald einsehen, daß selbst mit den brutalsten Mitteln die Organisation nicht mehr zu vernichten ist. Unsere Kollegen in der Ferne aber rufen wir zu, kommt nicht eher nach Weissenburg zurück, bis ihr durch die Streikleitung von der Beendigung des Kampfes benachrichtigt werdet. Nur durch Ausdauer und Energie eines jeden einzelnen kann der Kampf endgültig gewonnen werden. Hoch die Soli- darität der Glücklichen Arbeiter!

Bezirk Danzig.

Im hiesigen Bezirk ist insofern eine Veränderung einge- treten, als der bisherige Bezirksleiter Kollege Koch vom Zentral- Vorstande nach dem Bezirke Bochum versetzt worden ist. An seine Stelle kam Kollege Müller aus Gdansk. Auch hier an der Wasserfront machte sich das Bestreben bemerkbar, mit Hilfe der Organisation die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Dies ist auch einem Teil der Kollegen im ländlichen Gebiete ge- lungen. So stellten zunächst in Fraust, Hohenstein und Schön- werling die Kollegen Forderungen an die Unternehmer Schutz und Gehil. Die Unternehmer lehnten kurzweg alles ab, über- haupt wollten sie mit den „fremden Kerlen“ nichts zu tun haben. (Gemeint waren die Bezirksleiter.) Die organisierte Arbeiterschaft beider Richtungen beschloß infolgedessen am 26. Mai, am folgenden Tage bei Obengenannten die Arbeit nieder- zulegen. Dank der Einigkeit der Polizei mit den Gesellen war es möglich, daß bereits am 30. Mai schon ein Tarif abgeschlossen werden konnte. Der Stundenlohn wurde von 41 bis 44 auf 60 Pf. erhöht, für Invalide und Junggefallen auf 48 Pf. festgesetzt. Am Sonnabend ist eine Stunde eher Feierabend, an den Tagen vor den Festtagen zwei Stunden, ohne Lohnabzug; für diejenigen Arbeiter, welche nicht täglich nach Hause gehen können, wird ein Weg hin und ein Weg zurück als Arbeitszeit bezahlt. Für Nacharbeit wird ein Lohn- aufschlag von 60 Prozent, für Sonntagsarbeit 100 Proz. bezahlt. Die Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden herabgesetzt. Dieser Vertrag gilt bis zum 1. April jeden Jahres, falls er nicht am 15. Dezember d. J. gekündigt wird. Dieser Erfolg spornte nun auch die Kollegen unseres Verbandes in den übrigen Ort- schaften des Kr. D. S. und des Kreises Dirschau an, und stellten dieselben Forderungen in Mahau, Gr. Traunkau, Gr. Gollnau u. Mieschau; der Unternehmer Schröder wurde ge- sperrt, da er sich weigerte, die Forderung anzuerkennen. Da die Kollegen auch hier alle einig waren, der Polizei mit sämt- lichen Gesellen die Arbeit niederlegte, konnte nach eintägigem Kampf ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen werden, und zwar mit den Unternehmern Niefert und Schröder. In diesen Ort- schaften wurden noch Löhne von 35 Pf. gezahlt. Der Stunden- lohn wurde auf 48 Pf. festgesetzt, die Arbeitszeit ebenfalls auf 10 1/2 Stunden reduziert, mit den bereits vorgenannten Verbesserungen im Prauster Verträge. Nun wird es an der Kollegen selbst liegen, die großen Vorteile, welche für sie durch die Organisation erreicht wurden, durch treues Festhalten auch zu erhalten. Von weniger Erfolg begleitet war die For- derung der Arbeiterschaft der Zementfabrik in Wotschau bei Neustadt i. Westpr. Dort hatte es die Fabrikleitung verstanden, den Arbeitern eine Arbeitsordnung auszuhandeln, die nur Vorteile für die Fabrik und nur Strafen für die geringsten Vergehen der Arbeiter enthielt. Und Strafen gab es genug. Die Arbeitsordnung jagte auch, daß eine Kündigung nicht statt- findet, indem jeden Abend von beiden Seiten das Arbeits- verhältnis gelöst werden kann, zwei Seiten weiter steht wieder, vor ohne Kündigung die Arbeit verläßt, dem dann sein ganzer Lohn von 14 Tagen als Strafe abgezogen werden; diese Wider- sprüche und ungerechten Strafen zu beschneiden, auch den Lohn von 20 auf 28 Pf. pro Stunde zu erhöhen, waren die be- scheidenden Forderungen der Arbeiter. Da der Fabrikleitung aber sehr viel daran gelegen war, ihre Arbeiter-Disziplin zu erhalten, blieben mehrere Vorstellungen erfolglos, und wurde am 22. Mai abends die Arbeit niedergelegt; 50 Arbeiter traten in den Streik. Nun zog der Fabrikherr auch tatsächlich den ganzen Lohn von 14 Tagen den Arbeitern als Strafe ab. Die Wohnungen in den Arbeitshäusern mußten sie binnen drei Tagen räumen; wer dies nicht befolgte, wurde mit Gendarm und Gerichtsvollzieher mit seiner ganzen Familie auf die Straße geworfen, und das, trotzdem vielen dieser Arbeiter die Miete im voraus vom Lohn bis November abgezogen war. Nun sollte man meinen, die Behörde dürfte ein derartiges brutales Vorgehen gegen deutsche Staatsbürger nicht dulden; doch hier zeigte sich das poeklerle Maß in der Gesetzgebung. Die Arbeiter wurden verurteilt, trotz der Widersprüche in der Arbeitsor- dnung. Man stellte sogar noch Strafgefangene der Fabrik als Streikbrecher zur Verfügung, und blieben die gemachten Ver- schwerden seitens der Streikleitung erfolglos. Trotzdem die Fabrik mit großen Opfern Arbeitswillige anwirbt, gelingt es immer wieder, dieselben fortzuschaffen. Nun sieht die Fabrikleitung es bald ein, daß die Arbeiterschaft sich einig ist, und will dieselbe ihre alten Arbeiter wieder einstellen. Sie bietet die Stunde 35 Pf. Lohn, bloß die Organisation und ihre Leiter sollen nicht anerkannt werden. Da die Arbeiter anderwärts untergebracht, wurde der Streik aufgehoben, unter der Be- dingung, die Arbeit dieser Fabrik zu meiden, bis die Organi- sation anerkannt wird.

In Poppo wurden sämtliche Bauhandwerker und Arbeiter am 29. Juni ausgesperrt, weil die Arbeitnehmer das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt haben. Geboten wurde für Maurer 48-60, für Zimmerer 47-49, für Träger 36, für die übrigen Hilfsarbeiter 31-33 Pf. Die Stunde am Sonnabend fällt weg. Der Tarifabschluß soll am 1. Juni 1908 statt- finden. Es haben eine Reihe von Verhandlungen stattgefunden, mit dem Lohnsatz wäre die Arbeiterschaft einverstanden ge- wesen; doch die Stunde am Sonnabend, welche im ganzen Bezirk bezahlt wird, will sich die Arbeiterschaft nicht entziehen lassen; auch der Tarifabschluß soll nicht am 1. Juni (wo hier die stille Zeit ist), sondern am 1. April sein. Wegen dieser geringen Differenz, wurde von sieben Arbeitgebern laut Mahau die Ausperrung beschlossen. Acht Unternehmer beteiligten sich nicht an der Ausperrung und zahlten schon mehr, wie von uns gefordert wird, auch von den sieben Arbeitgebern hat einer unsere Forderung bewilligt. Nun mag das böse Ge- wissen diese sehr rühren, und so wird versucht, durch falsche Berichte, auch durch Schreiben an die Arbeitgeber der Umgegend, mitzuteilen, daß die Arbeitnehmer in den Streik getreten seien, die Arbeitgeber aber nicht mehr wie 50 Pf. für Handwerker und 37 Pf. für Arbeiter zahlen können. Doch diese Lügen werden immer widerlegt. Durch schwarze Listen versucht man, die bereits untergebrachten Arbeiter zu entlassen, auch bei einigen mit Erfolg, und es hält sehr schwer, die Arbeiter und Zim- merer unterzubringen. Die Maurer sind bis auf wenige alle in anderer Arbeit, auch ein großer Teil der Zimmerer. Wenn alle Zimmerer noch nicht untergebracht sind, liegt dies an den noch ausgesperrten Zimmerern selbst, weil dieselben von Poppo nicht fort können und die von der Streikleitung angewiesene Arbeit nicht machen. Bei diesen Kollegen können sich die übrigen organisierten Arbeiter behaupten, daß es überhaupt zur Ausperrung kam, und sind diese „Ausschögen“ dann auch schuld, wenn die Poppoter Arbeiterschaft in diesem ihr aufge- drungenen Kampfe unterliegt. Ein Sieg kann nur dann erreicht werden, wenn alle Arbeiter zeigen, daß auch außerhalb Poppo noch Mut gebunden wird, und auch ohne die Poppoter Arbeit- geber weiterzukämpfen möglich ist.

